

AUSLAND ZU VIELE IMPFDOSEN

„Vollkommen sinnlos“ – Polnischer Minister schreibt Brandbrief an Pfizer

Stand: 02.05.2023 | Lesedauer: 3 Minuten

Von **Tim Röhn**, **Benjamin Stibi**

Pfizer-Chef Albert Bourla (Mitte) mit Ursula von der Leyen, Präsidentin der EU-Kommission

Quelle: JOHN THYS/POOL/AFP via Getty Images

Die EU-Mitgliedstaaten versuchen seit Monaten, Pharmakonzerne dazu zu bewegen, auf die Bezahlung überflüssiger Covid-Impfdosen zu verzichten. Nun verliert die Regierung in Warschau die Geduld – und greift Pfizer an. Auch Details zu einem angeblichen Deal sickern durch.

Nach dem Ende der Corona-Impfkampagnen sitzt die Europäischen Union auf einem gewaltigen Überschuss an Impfdosen (</politik/plus244944678/Ueberschuss-in-der-EU-Neun-Impfdosen-pro-EU-Buerger-Unmut-ueber-Milliarden-Vertraege-mit-Pfizer-Co.html>) – und weitere Hunderte Millionen sollen gemäß den Bestellungen bei den Pharmakonzernen in diesem und im nächsten Jahr noch eintreffen (</mediathek/magazin/gesundheit/article243007085/Impfung-Bundesregierung-ist-verpflichtet-375-Millionen-Dosen-Biontech-abzunehmen.html>). Weil sie nicht gebraucht werden, versuchen die EU-Mitgliedsstaaten seit Monaten, nachträglich die Verträge anzupassen – ohne

durchschlagenden Erfolg.

Ein Land verliert angesichts der zähen Verhandlungen nun die Geduld – und macht seinem Ärger Luft. Der polnische Gesundheitsminister Adam Niedzielski wandte sich am Dienstag per Brief an die „Gesellschafter von Pfizer Inc“. In dem Schreiben, das WELT vorliegt, heißt es, die trotz einer „stabilen epidemischen Lage“ von Pfizer anvisierte Lieferung von Hunderten Millionen Dosen sei „vollkommen sinnlos“.

Spenden könne man auch nichts mehr, es gebe keine an Covid-Impfungen „interessierte Regierung“, so der Minister, der Pfizer für die Entwicklung der Covid-Impfstoffe (</wirtschaft/plus244100687/Paxlovid-Der-Corona-Hoffnungstraeger-offenbart-sich-als-teurer-Ladenhueter.html>) auch lobte, aber schrieb, der daraus resultierende wirtschaftliche Profit müsse „seine Grenzen“ haben.

Niedzielski bricht auch die bisher geltende Vereinbarung über die Vertraulichkeit der Gespräche zwischen Regierungen, Pharmafirmen und der vermittelnden EU-Kommission, die selbst für einen Großteil der Käufe verantwortlich gezeichnet hatte und für die sie sich angesichts laufender Ermittlungen der Europäischen Staatsanwaltschaft womöglich noch verantworten muss.

„Das sind Kosten für buchstäblich nicht hergestellte Dosen“

Jedenfalls enthüllt Niedzielski, was Pfizer den Staaten anbiete: die Reduzierung der Gesamtmenge bei gleichzeitiger Zahlung von der Hälfte des Preises für jede Dose, die entgegen der Planung nicht produziert wird: „Das sind Kosten für buchstäblich nicht hergestellte Dosen, die nie produziert wurden und nie produziert werden und Pfizer somit nicht einen Penny kosten.“

Niedzielski schreibt, es tue ihm „extrem“ leid, schlussfolgern zu müssen, dass der Konzern nicht bereit sei, „ein zufriedenstellendes Level an Flexibilität zu zeigen und irgendwelche realistischen Vorschläge“ zu machen. Es gebe zwar eine ständige Dialogbereitschaft, aber keinen humanitären Ansatz. Der Gesundheitsminister forderte Pfizer auf, „seiner Verantwortung gegenüber den EU-

Bürgern und Mitgliedstaaten gerecht zu werden und in gutem Glauben auf eine Lösung hinzuarbeiten, fair für alle“. Polen wolle weiter daran glauben, dass es in der pharmazeutischen Industrie nicht nur um Geld gehe.

Während sich die Bundesregierung bezüglich der Verhandlungen bedeckt hält, macht Warschau – wie einige andere osteuropäische Regierungen – seit Monaten keinen Hehl daraus, trotz geltender Verträge unter keinen Umständen weiter für Covid-Impfungen zahlen zu wollen. Als Grund gibt Polen neben der veränderten epidemischen Lage den russischen Angriffskrieg in der Ukraine und die daraus resultierende Flüchtlingswelle an, die die Finanzen des Landes stark belasten.

In einem offenen Brief hatten Bulgarien, Polen, Litauen und Ungarn bereits Mitte März geschrieben: „Wir sind nicht mit Lieferungen einverstanden, die über den Bedarf der Mitgliedstaaten hinausgehen und die die Mitgliedstaaten nicht wollen.“ Ein Statement, das Pfizer schulterzuckend zur Kenntnis nahm – und so die Verärgerung in der polnischen Regierung noch verstärkte.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/245099470>